



Rat der
Europäischen Union

049061/EU XXVI. GP
Eingelangt am 03/01/19

Brüssel, den 19. Dezember 2018
(OR. en)

15253/1/18
REV 1

SOC 763
EMPL 569

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Rat
Nr. Komm.dok.:	7416/18 - COM(2018) - 132 final
Betr.:	Vorschlag für eine EMPFEHLUNG DES RATES zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige Erklärung der Niederlande

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Erklärung der Niederlande für das Ratsprotokoll.

Die Niederlande – Erklärung zur Abstimmung über die Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige

Die Niederlande unterstützen die Ziele der Empfehlung des Rates, Zugang zu angemessenem Sozialschutz zu gewähren.

Unter Berücksichtigung von Artikel 153 Absatz 4 AEUV über die Befugnis der Mitgliedstaaten, die Grundprinzipien ihres Systems der sozialen Sicherheit festzulegen, legt die niederländische Regierung die Empfehlung wie folgt aus:

- Nummer **10** der Empfehlung bezieht sich auf nationale Gegebenheiten, was bedeutet, dass Mitgliedstaaten angesichts dieser Gegebenheiten Ausnahmen machen können, beispielsweise in Bezug auf die Anwendung der Empfehlung auf Arbeitnehmer und Selbstständige. Dies steht in Einklang mit den Normenverträgen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europarats (ILO 102 und Europäische Ordnung der Sozialen Sicherheit), in denen Gruppen ausgenommen werden können.
- Nummer **12** der Empfehlung bezieht sich ebenfalls auf nationale Gegebenheiten, was bedeutet, dass die Elemente dieser Nummer, die wegen der grundlegenden Unterscheidung zwischen dem erforderlichen Umfang des Schutzes für Arbeitnehmer und für Selbstständige nicht auf das niederländische System der sozialen Sicherheit anwendbar sind, die Niederlande nicht an der Einhaltung dieser Empfehlung hindern. Die Empfehlung bietet ausreichend Flexibilität, um diese länderspezifischen Merkmale der Systeme der sozialen Sicherheit zu berücksichtigen.

Das Generalsekretariat des Rates wird ersucht, diese Erklärung in das entsprechende Protokoll der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) aufzunehmen.